

Niederschrift Bürgerversammlung Januar 2023

Anonymisierte Niederschrift über die Bürgerversammlung nach Art. 18 der Bayerischen Gemeindeordnung am Donnerstag, den 19.01.2023, um 19 Uhr im Pfarrsaal St. Otto, Siechenstr. 84, 96052 Bamberg.

Die Ladung zur Bürgerversammlung ist ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt. Nach Art. 18 Abs. 3 der Bayerischen Gemeindeordnung dürfen nur Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bamberg Anträge in der Bürgerversammlung stellen. Diese Anträge sind gern. Art. 18 Abs. 4 GO als Empfehlungen der Bürgerversammlung innerhalb einer Frist von drei Monaten zu behandeln. Die Behandlung durch einen beschließenden Ausschuss (Senat) steht einer Behandlung in der Vollversammlung gleich. Im Rahmen der Bürgerversammlung kommt es vor, dass einzelne, antragstellende Personen auf die die formale Stellung eines Antrags und Beschlussfassung verzichten, da Sachbehandlung durch die Verwaltung zugesagt wurde.

Anträge und Wortmeldungen aus der Bürgerschaft:

Antrag 0

Aufnahme von Lärm- und Emissionsschutzmaßnahmen ins Maßnahmenpaket

Bei Entscheidung zum regulären Weiterbetrieb des Schlachthofs fordern wir die Aufnahme von Lärm und Emissionsschutzmaßnahmen in das Maßnahmenpaket für 2023, die nicht nur den gesetzlichen Mindeststandards entsprechen, sondern der Gesamtsituation, insbesondere der Nähe zu den Wohnanlagen angemessen sind.

Der Geschäftsführer der Schlachthof GmbH, beantwortet dazu Fragen. Der Oberbürgermeister sagt zu, dass der Emissionsschutz im Maßnahmenpaket berücksichtigt wird. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 1

Die Antragstellerin besitzt einen Ziegenhof und fragt wohin die Tiere zukünftig gebracht werden sollen, falls der Schlachthof geschlossen wird. Sie möchte den Erhalt des Schlachthofes wegen des Tierwohles und Umweltschutzes.

Der Geschäftsführer der Schlachthof GmbH, antwortet, dass die alternativen Schlachthöfe in Bayreuth, Erlangen oder Kulmbach sind. Deren Kapazitäten sind bereits sehr hoch ausgelastet. Damit würde sich das Tierwohl massiv verschlechtern.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 2

Das Konzept des Schlachthofs soll neu durchdacht werden. Schlachthof könnte zu einem Leuchtturmprojekt „Klasse statt Masse“ werden. Durch eine Verkleinerung des Schlachthofs sollen hier nur Tiere aus der Region geschlachtet werden, keine Großunternehmen als Kunden, sondern Unterstützung kleiner Metzger. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 3

Eine Machbarkeitsstudie soll von einer unabhängigen Kommission durchgeführt werden. Bei der Verschiebung der Entscheidung zum Weiterbetrieb des Schlachthofs fordern wir die Ausarbeitung einer Machbarkeitsstudie durch eine unabhängige Kommission, auch unter Berücksichtigung von Alternativkonzepten.

Der Oberbürgermeister bietet eine Gesprächsrunde für die Anwohner an. Erst danach soll eine Machbarkeitsstudie beauftragt werden.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 4

Die Verwaltung soll in Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung der Schlachthof GmbH und mit der Unterstützung der Metzgerinnung, des Bauernverbands, des Hotel- und Gaststättenverbands und des Viehhandelsverbands, welche alle über fundierte Fachkenntnisse in Sachen Schlachthof verfügen, in den nächsten Monaten eine „Zukunftsstudie Schlachthof“ erstellen. Damit soll bis spätestens Ende 2023 geprüft werden, auf welche Weise der Schlachthof in Zukunft wirtschaftlich nachhaltiger zu betreiben ist. Sofern diese Studie zu dem Ergebnis kommen sollte, dass dies nicht möglich ist, muss jedoch explizit dargestellt werden, welche Werte und Investitionen durch eine mögliche Transformation des Schlachthofgeländes vernichtet würden, denn das wäre dann erst ein Millionengrab. Diese Zukunftsstudie stellt dann eine fundierte Grundlage dar, auf deren Basis entschieden werden kann, ob der Schlachthof nach erforderlichen Modernisierungen/ Investitionen weiterbetrieben werden kann, oder – im schlimmsten Fall – geschlossen werden muss. Um den Betrieb des Schlachthofs vorerst nicht weiter zu gefährden, müssen die Gelder für die unumgänglichen Investitionen bereitgestellt werden. Auf Investitionen zur Reduzierung von Geruchs- und Schallemissionen ist dabei ebenfalls Wert zu legen, um den durchaus nachvollziehbaren Bedürfnissen der in der Nachbarschaft lebenden Bürger Rechnung zu tragen.

Der Geschäftsführer der Schlachthof GmbH erklärt, dass für 2023 Kosten in Höhe von 80.000 € veranschlagt wurden. Das Areal muss umfriedet werden (neue EU Richtlinien), Elektrik und Wasser müssen erneuert werden. Es soll Konsens mit den Anwohnern erreicht werden. Daher bietet er Einzelgespräche für die Bewohner an, zu jeder Zeit und für jeden, der Interesse hat.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 5

Nutzung der Pestalozzischule für die Kinder der Lagarde.

Die Situation zu dieser Möglichkeit wurde durch den Bildungsreferenten erläutert.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 6

Der Antragsteller bemängelt, dass die Bewerbung über Web Kita ist sehr kompliziert. Es gibt keinen Sprengel mehr, Buger Familien haben Sorge einen Platz in Gaustadt zu bekommen und andersherum. Jede Familie muss bis zu 30 Kitas anschreiben.

Zweiter Bürgermeister: Die Stadt hat ein zentrales Vergabeportal, Web Kita. Es gibt keine eigenen städtischen Kitas. Die Träger können selber entscheiden, welche Kinder sie aufnehmen und vergeben die Plätze der KITAs selbst. Der Bürgermeister verweist auch auf den momentanen Mangel an Erziehern und stellt ein Update für das Anmeldeportal in Aussicht.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 7

Einführung der 5. Klasse in der Graf-Stauffenberg Wirtschaftsschule.

Der Bildungsreferent erläutert die Problematik zu dem Thema. Wenn eine Wirtschaftsschule ab 5. Klasse käme, müsste der Schüler Schnitt von 2,66 haben und hätte damit die Wahl zwischen Realschule und Wirtschaftsschule. In Bamberg haben wir eine private Wirtschaftsschule (Aufsessianum) die unter Personalmangel leidet und sicher keine 5 Klasse aufsetzt. Auch das Interesse der Realschulen und der Mittelschule muss beachtet werden. Als Bildungsreferent muss er alle Schulen vertreten. Es gibt ein Schreiben der Verwaltung, dass zu dem Thema an die Staatregierung geschickt wird. Es beinhaltet die gerade für Bamberg fehlerhaften Punkte. Es gibt einen Stadtratsbeschluss, dass Bamberg der entsprechenden kommunenübergreifenden Initiative beitrifft, und dieser wird umgesetzt.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 8

Aus Mitteln des Bundesprogramms "ZIZ Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" will die Stadt einen „attraktiven Eingang in die Fußgängerzone“ schaffen. Mit dieser Maßnahme sollen auch die 22 Fahrradbügel am Grünen Markt/ Ecke Lange Straße auf 8 reduziert werden, was einer Reduktion von 65% an einem zentralen und gut frequentierten Radabstellplatz gleichkommt. Durch diese Reduktion ist ein Abstellchaos an anderer Stelle (auf Gehwegen, vor Schaufenstern etc.) zu befürchten, was die o.g. Maßnahme konterkarieren würde. Darüber hinaus hat sich die Stadt, die am 26. Januar als fahrradfreundliche Kommune ausgezeichnet werden soll, verpflichtet, sichere

Radabstellanlagen auszubauen und nicht zu reduzieren. Ich beantrage deshalb, dass die an dieser Stelle wegfallenden Bügel zeitgleich, in gleicher Anzahl und in unmittelbarer Umgebung (50 – 100m Radius) ersetzt werden, um die Behinderung anderer Menschen durch wild abgestellte Fahrräder zu vermeiden und den Radfahrenden das sicher Abstellen der Räder am Rande der Fußgängerzone zu ermöglichen. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 9

In das Tor der Residenzstraße möge ein Durchgang für Fußgänger geschaffen werden. Das Tor muss von den Fußgängern genutzt werden, um zum Domplatz zu gelangen. Sie sind dabei auf das Wohlwollen der vielen Autofahrer angewiesen, damit sie es passieren können. Ich denke, der Eingriff in die Mauer ist hier dringend notwendig. Denkmalschutzgründe dürften hier kein Hinderungsgrund sein. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 10

Die Stadt Bamberg möge veranlassen, dass der Hinweis „Zentrum“ an der Autobahnausfahrt (A70 von Schweinfurt kommend) an die Ausfahrt „Hallstadt/ Bamberg-Nord“ verlegt wird. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 11

Einrichtung öffentlicher Parkplätze im Parkhaus Lichtenhaider Str. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 12

Die Stadt möge veranlassen, dass der von Bischberg kommende Radweg nach Gaustadt verlängert wird. Verbindungsstraße ist mit Tempo 70 ausgezeichnet und ist Zugangsstraße zur B26 und Autobahn A70. Der Radweg an der Regnitz ist nachts keine rechte Alternative. Der Zugang zum Mainradweg ist auf einem Radweg nur über Bischberg zu erreichen. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 13

Der Antragsteller bemängelt die Parksituation an der Kreuzung, Siechenstraße, Memmelsdorfer Straße und den Parkplatz Siechenscheune. Die Hälfte der Parkplätze an

der Siechenscheune sind nicht belegt. Die Anwohner haben immer mehr Schwierigkeiten, irgendwelche nächtlichen Parkplätze zu bekommen. Er beantragt, dass die Park-Lizenzvergabe neu geprüft wird und die Parkplätze an der Siechenscheune nachts für Bewohner kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Zweiter Bürgermeister: Die Parklizenzprüfung wird nicht erfolgen, da sie sowieso regelmäßig durchgeführt wird. Der Antrag kostenlose Parkplätze für die Anwohner in der Nacht auf dem Parkplatz Siechenscheune wird angenommen. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 14

Der Antragsteller beantragt das defekte Parkleitsystem der Stadt zu reparieren. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 15

Das Schild, das in der Zollnerstraße nach der Einmündung der Ferdinand-Tietz-Str. Richtung Berliner Ring steht, vor die Einmündung dorthin umgesetzt wird, wo die gezackte Linie beginnt. Ständig parken PKWs auf der gezackten Linie der Zollnerstr. bis zur Ferdinand-Tietz-Str. und nehmen Verkehrsteilnehmern, die von der Ferdinand-Tietz-Str. in die Zollnerstr. Einbiegen wollen die Sicht, so dass es oft zu gefährlichen Situationen und Vollbremsungen kommt, da viele PKWs auf der Zollnerstr. Richtung Berliner Ring zu schnell fahren. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 16

Der Antragsteller beantragt an der Fußgängerampel Nürnberger Str./ Berliner Ring (bei McDonalds) einen grünen Abbiegepfeil, da der Fußgängerüberweg über den Berliner Ring nicht beleuchtet ist und bei Dunkelheit viele PKWs, die von der Nürnberger Str. zu schnell nach links in den Berliner Ring abbiegen, die Fußgänger zu spät erkennen und es gerade nach ende von Veranstaltungen in der Brose Arena immer wieder zu gefährlichen Situationen für die Fußgänger kommt. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 17

Durch stetigen Zuzug in die Wunderburg ist die Parksituation im ganzen Viertel von Kunigundendamm bis zur Bahnlinie unter heftigen Druck. Parkplätze beseitigende Maßnahmen der Stadt, siehe Ehrlichstraße, kommen erschwerend hinzu. Ganz zu schweigen vom bevorstehenden Bahnausbau, genau dort vor Ort. (Baustellenverkehr,

Umbauten etc.) Hier wurde von der Stadt Bamberg eine Parkgarage versprochen, am Standort Hedwigstraße, um eben diesen Parkdruck im prosperierenden Quartier zu entlasten. Wir bitten darum also, die versprochener Parkgarage in der Hedwig Straße zeitnah umzusetzen. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 18

Die Radwege der gesamten Stadt Bamberg befinden sich in einem desolaten Zustand und sind teils eine Gefahr für Radfahrer. Schlaglöcher, Jahrzehnte, alte Bahnbeschichtung, Risse, Stolperfallen, etc. Dies ist eine Radfahrstadt unwürdig. Wir fordern eine zeitnahe Ertüchtigung aller Radwege, nicht nur der Hauptradwege. Gerade die jetzige stärkste Fraktion im Stadtrat brüstet sich, für die Belange der Radfahrer da zu sein. Daher fordern wir, die Tauglichkeit der Radwege sicherzustellen und nicht immer nur grünes Flickschuhwerk oder Symbolpolitik zu leisten. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 19

Bei der Benennung von Straßen mögen zukünftig auch Namen Berücksichtigung finden, die aufzeigen, dass unsere Stadtgesellschaft im immer größeren Rahmen auch von Zugewanderten aus anderen Ländern geprägt wird. Der Migrantinnen und Migrantenbeirat ist bei der Findung von geeigneten Namen mit ein zu beziehen. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 20

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich der Idee einer Gedenk- und Erinnerungsstätte zu widmen, die denen gedenkt, die seit den 1950er Jahren als Vertriebene und Geflüchtete nach Bamberg kamen, um hier Sicherheit und Freiheit zu finden. Der Migrantinnen und Migrantenbeirat und Gruppen wie Amnesty international sind dabei mit einzubeziehen. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 21

Der Antragsteller thematisiert die Punkte

- Schlachthof: wurde bereits in vorangegangener Diskussion beantwortet.
- Maxplatz: Mehr Klimaschutz für Bamberg durch Begrünung der innerstädtischen Plätze, z.B. Maxplatz.

Der Zweite Bürgermeister erläutert, dass die Begrünung vom Maxplatz wegen der Tiefgarage nicht möglich ist. Die Tiefgarage befindet sich nicht im Eigentum der Stadt, so dass da nicht gehandelt werden kann. Die Nördliche Promenade wird in diesem Jahr für Veranstaltungen genutzt, danach folgen weitere Beratungen von der Stadtverwaltung und vom Stadtrat, wie der Platz künftig genutzt wird. Die Lange Straße wird verändert, hier sind bereits Mittel im Haushalt für vorbereitende Untersuchung eingestellt. Diese ist notwendig, damit die städtebaulichen Förderungen auch beantragt werden dürfen.

- ÖPNV: Verbesserung des ÖPNV mit Ring-Buslinien, ohne über den ZOB fahren zu müssen, zum Beispiel von Gaustadt ins Klinikum oder eine direkte Linie für die Studenten von der Kronacher Straße nach Gaustadt (Schwimmbad) im Sommer. Der Antragsteller fordert die Durchführung einer Fahrgastzählung.

Der Geschäftsführer der Stadtwerke Bamberg berichtet, dass der Bestandsverkehr wird regelmäßig gemessen wird. Die Bedürfnisse werden dementsprechend abgeglichen, es werden regelmäßig Umfragen durchgeführt. Fahrgastzählungen finden beim Ein- und Aussteigen immer statt. Daraus werden Bedarfe ständig abgeleitet. 66 % wollen ZOB als zentrales Element. Der Geschäftsführer der Stadtwerke Bamberg sagt die Prüfung einer direkten Linie für die Studenten zu.

- Der Antragsteller äußert seinen Unmut, dass sich Mitglieder der CSU nicht im Livestream der Stadtratssitzungen zeigen und nennt das Verhalten undemokratisch und unmöglich. Ebenso stellt er die Frage, warum die AFD im Stadtrat ist, wenn sie nicht aktiv teilnimmt.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 22

Die Müllsituation am gesamten Adenauer Ufer bis über die Schleuse und bis Bug und das ganze Regnitzufer zu den beiden Bamberger Wassersport Vereinen ist desolat. Nach Ortsbegehung mit dem Zweiten Bürgermeister wurden mehr und größere Müllbehälter versprochen. Was ist geschehen? Falls noch nichts geschehen ist, bitte ich, die Stadt möge kurzfristig für größere Müllbehälter sorgen. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 23

Die Stadt soll ihre Ansprüche bezüglich der Brachflächen am Schäffler Gelände, Ausgang, Jäckstraße und auch alle anderen offenen Verpflichtungen gegenüber dem Insolvenzverwalter geltend machen, oder als Bürgschaft an und Restmitteln, selbst den Park, das Pförtnerhäuschen und zum Beispiel auch den Eingangsbereich Lichtenhaidestraße herstellen.

Die Brachfläche auf dem Schöffler Gelände, Ausgang Jäckstraße ist nicht nur ein optischer Schandfleck auf einer in der Innenstadt wertvollen Freifläche, viel mehr ist sie auch eine Gefahr für die Bürgerinnen. Die Schul- und Kindergarten Kinder (Luitpoldschule, Kita Sankt Otto) laufen hier auf ihrem täglichen Weg vorbei und spielen teilweise zwischen Kabeln, Scherben, Hundekot und Müll. Hier wäre großes Potenzial vorhanden, um die Lebensqualität auf dem Gelände zu verbessern. Für eine Renovierung und beispielsweise gewerbliche Nutzung des Pförtnerhäuschens gäbe es viele Interessenten. Der wunderbare Baumbestand ist ideal geeignet, um einen kleinen Park zu beschatten. Außerdem muss die geschotterte Schlaglochfläche im Eingangsbereich Lichtenhaidestraße ertüchtigt werden (zum Beispiel Asphaltierung, Pflasterung, Herstellung im industriellen Stil). Die Stadt soll ihrer Pflicht nachkommen, für die Sicherheit und Lebensqualität ihrer Bewohnerinnen zu sorgen und in dieser Hinsicht aktiv werden. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 24

Der Antragsteller beantragt eine Anpflanzung an der Siechenkreuzung, wie es vor Corona war. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 25

Die Entwässerungsrinne vor dem Grundstück des Antragstellers läuft nicht ab. Die Rinne müsste angehoben und gesäubert werden.

Oberbürgermeister und Bürgermeister sagen zu, dass der Bamberg Service, Sachgebiet Kanal dies prüfen wird.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 26

Antrag auf Ablehnung des Bauantrags für das Grundstück St. Getreu Straße 36 B, Flur Nummer 3388/20. Begründung: für obigen Bereich besteht ein gültiger Bebauungsplan. Ein Bebauungsplan gibt vor, wie eine Bebauung auf den entsprechenden Grundstücken aussehen darf. Im vorliegenden Fall handelt es sich um einen so genannten vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Nach Paragraph 30 Abs. 1 Bau GB ist ein Bauvorhaben dann zulässig, wenn es den Festsetzungen dieses Bebauungsplans nicht widerspricht. Da bestehende Rahmen für alle gelten, wurde bislang konsequenterweise diejenigen Bauherren, deren Wohngebäude von Bebauungsplan abweicht, mindestens finanziell sanktioniert. Im vorliegenden Fall weicht das geplante Bauvorhaben hinsichtlich Grundflächenzahl, Geschößflächenzahl – insbesondere aber ganz erheblich hinsichtlich der Wohnfläche – von Bebauungsplan ab. Was müsste man demzufolge erwarten? Dass das geplante Bauvorhaben keine Chance auf Genehmigung hat. Stattdessen initiiert die Stadt eine Teiländerung des bestehenden Bebauungsplans, was nichts Anderes heißt, als

dass der Bebauungsplan entsprechend eines Einzelinteresses abgeändert werden soll! Damit tritt an die Stelle des öffentlichen Interesses schlicht und einfach das Privatinteresse eines Einzelnen und der ursprüngliche Zweck des Bebauungsplans wird konterkariert. Mögen vor dem Gesetz alle gleich sein, mit Verlaub, vor dem Bamberger Bausenat gilt das offensichtlich nicht. Ich bitte deshalb dringend darum, dass das vorliegende Bauvorhaben nach den gleichen Standards behandelt wird wie die bisherigen Bauvorhaben.

Der Oberbürgermeister sichert eine Überprüfung zu.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 27

Dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge nach Schließung des Ankerzentrums. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 28

Antrag zur Beschlussvorlage Schlachthof

Der Antragsteller gibt an, dass sein Anliegen bereits bei anderen Anträgen behandelt wurde.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 29

Die Antragstellerin möchte Informationen zu den Ablösezahlungen für Parkplätze und Stellflächen. Was geschieht mit dem Geld, was bringt es dem Zahlenden sowie Information über die Parkplätze am Ochsenanger, es fehlt ein Parkraumkonzept für Gaustadt.

Finanzreferent: Die Stellplatzabläse ist als Rücklage gesetzlich vorgeschrieben und wird für den Bau von Radwegen genommen beziehungsweise auch für den Bau von der Quartiersgarage. Wir investieren beispielsweise in Parkieranlagen, z.B. auf der Erba, oder in Radverkehrsanlagen, z.B. Regensburger Ring.

Geschäftsführer der Stadtbau: Das Bauvorhaben Ochsenanger ist gerade in einer baurechtlichen Prüfung mit einem Mobilitätskonzept, das Behindertenparkplatz und Radabstellplätze vorsieht. Die Fragen sind damit beantwortet.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 30

Beleuchtung vom Schulweg/ Heimweg ERBA-Insel, rechts von den Gärtnerhütten zwischen 6-8 Uhr und 16-22 Uhr. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 31

Altes Rathaus Gaustadt revitalisieren, unter Beteiligung der aktuellen „Vitalen“ und der Gaustadter: innen. Der Bürgerverein unterstützt gerne die Einbeziehung aller in Gaustadt lebenden Interessierten.

Der Oberbürgermeister erklärt, am Anfang des Verfahrens zu sein. Der Bürgerverein wird eng einbezogen, um eine optimale Nutzung für das Gebäude zu erreichen.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 32

Die Antragstellerin regt an, die Schulturnhalle unabhängig vom Sportzentrum Gaustadt zu belegen, z.B. für Schulsport, Hallenradsport für unseren erfolgreichen Verein, Tischtennis, etc..

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 33

Erzeugung erneuerbarer Energien durch die Stadtwerke Bamberg mit Blick auf das Potenzial einen größeren Beitrag zur lokalen Erzeugung von erneuerbaren Energien zu leisten und damit die Versorgung, Sicherheit, die Preissicherheit und den Klimaschutz deutlich zu erhöhen: was sind die bereits geplanten Maßnahmen, die Budgets und die Ziele für den Ausbau von lokaler Erzeugung erneuerbare Energien in 2023 und darüber hinaus?

Der Geschäftsführer der Stadtwerke erklärt den aktuellen Sachstand und sagt dem Antragsteller eine schriftliche Antwort zu.

Es wird kein Antrag gestellt.